Ein Wall des Friedens

Ein Wall des Friedens



VERLAG ZEIT IM BILD DRESDEN

Nach wie vor sind in aller Welt über Westberlin und das Verhältnis dieser besonderen politischen Einheit zur Deutschen Demokratischen Republik die unterschiedlichsten Vorstellungen vorhanden. Das vorliegende Büchlein will helfen, einige Informationen zu vermitteln.

0 50 100 km

WESTDEUTSCHLAND

DEUTSCHE

BERLIN-
Hauptstadt
der DDR

Westberlin

VR POLEN

DEMOKRATISCHE

REPUBLIK

ČSSR

Die besondere politische Einheit Westberlin liegt inmitten des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik. 200 Kilometer trennen Westberlin von der westdeutschen Bundesrepublik.

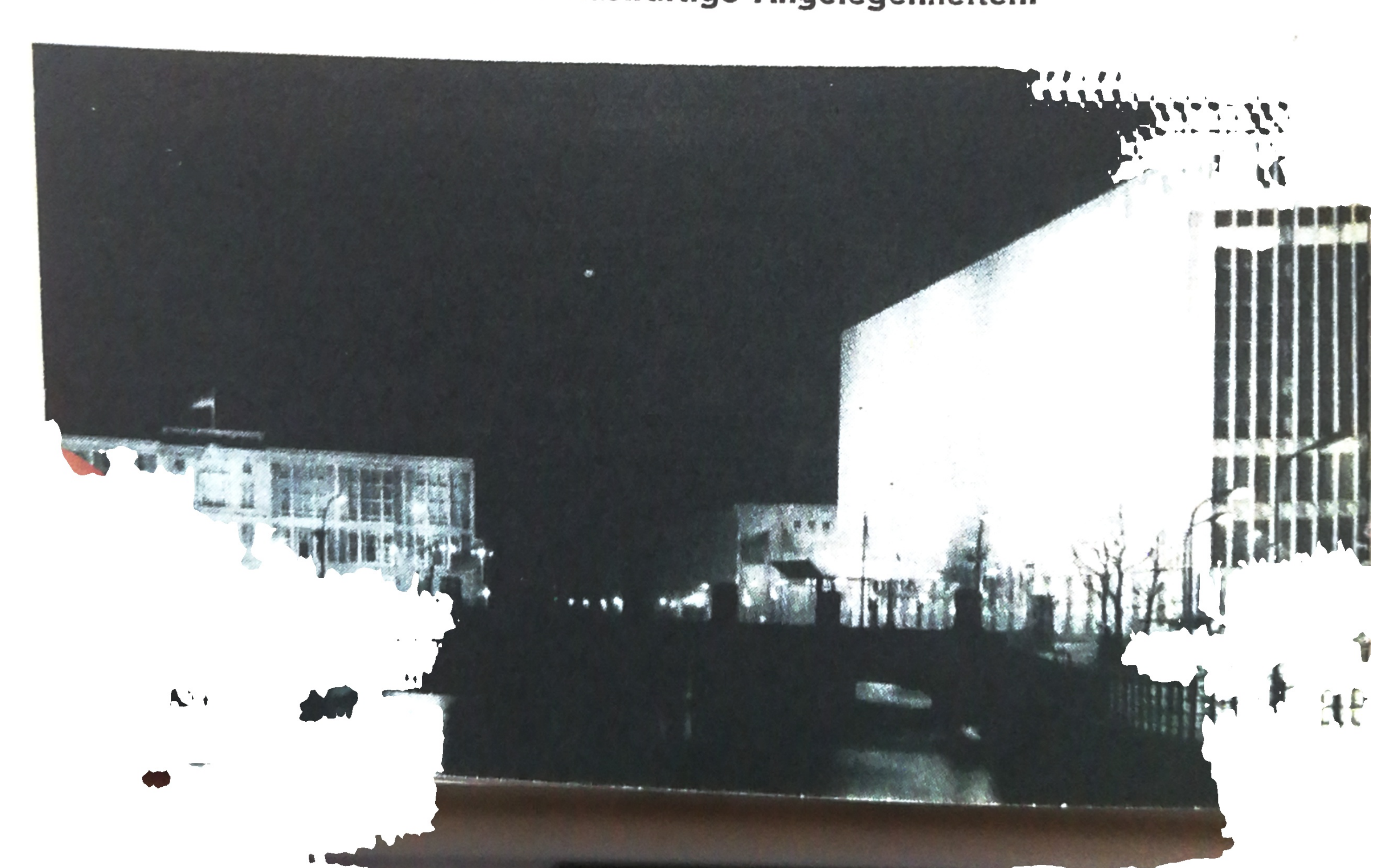
Wo liegt eigentlich Westberlin?

Inmitten des Territoriums der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik liegt ihre Hauptstadt Berlin, liegt aber auch – fast 200 Kilometer von Westdeutschland entfernt – die besondere politische Einheit Westberlin. Das ist die reale Lage, wie sie sich in zwei Jahrzehnten herausgebildet hat.
1948 hatten die drei westlichen Besatzungsmächte unter Bruch des Potsdamer Abkommens die Stadt Berlin gespalten. In Westberlin wurde damals eine separate Verwaltung eingerichtet und eine separate Währung eingeführt. Von Anbeginn wurde Westberlin zum erklärten Brückenkopf des kalten Krieges, wurde es Stör- und Provokationszentrum gegen die DDR. Mit der Herausbildung des westdeutschen Staates versuchten die herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik, Westberlin rechtswidrig in ihren Machtbereich einzubeziehen. Durch die „Frontstadt", den „Pfahl im Fleische der DDR", wie man Westberlin westlicherseits nannte, sollte der junge heranwachsende Staat, die DDR, wirtschaftlich geschwächt und politisch unterminiert werden. Auf diese Weise wollte man

die Voraussetzungen dafür schaffen, die DDR gewaltsam zu annektieren und sie in die westdeutsche Bundesrepublik einzugliedern.

Am 13. August 1961 nahm die Deutsche Demokratische Republik die Grenze zu Westberlin unter militärische Kontrolle.

Berlin – Hauptstadt der DDR. Hier befindet sich der Sitz der Volkskammer, des Staatsrates und des Ministerrates.
Auf unserem Foto links das Gebäude des Staatsrates, rechts das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.



Die DDR – eine politische und wirtschaftliche Realität

Seit ihrer Gründung am 7. Oktober 1949 betreibt die Deutsche Demokratische Republik eine antifaschistische, antiimperialistische und antimilitaristische Politik. In der DDR wurde die im Potsdamer Abkommen festgelegte demokratische Neuordnung längst vollendet. Ehemalige aktive Nazis waren schon 1948 aus allen öffentlichen Ämtern entfernt, Nazi- und Kriegsverbrecher von ordentlichen Gerichten abgeurteilt und ihr Vermögen auf Grund eines Volksentscheides in Volkseigentum übergeführt worden.
Eine demokratische Bodenreform und das Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule hatten auch auf diesen Gebieten jahrhundertealte Rückständigkeit beseitigt. Es war dies alles die konsequente Erfüllung des eindeutigen Willens der Antihitlerkoalition, der Grundsätze und Ziele des Potsdamer Abkommens.
Die DDR bemüht sich um die Herstellung normaler Beziehungen zu allen Staaten, spricht sich für den Gewaltverzicht in den zwischenstaatlichen Beziehungen aus und unterstützt den Abschluß eines Abkommens über die



Viele Industrieerzeugnisse der DDR sind wegen ihrer hohen Qualität in aller Welt bekannt. Allein der Volkseigene Betrieb Berliner Werkzeugmaschinenfabrik Marzahn exportiert seine Maschinen in 20 Länder.

Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Die DDR respektiert die nach dem zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen Grenzen. Durch diese auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa und darüber hinaus in der ganzen Welt gerichtete Politik hat sich die DDR internationales Ansehen und viele Sympathien erworben.

Die DDR ist Mitglied des Warschauer Paktes der sozialistischen Staaten und außerdem durch bilaterale Freundschafts- und Beistandsverträge mit der UdSSR, der Volksrepublik Polen, der ČSSR, der Ungarischen Volksrepublik und der Volksrepublik Bulgarien verbündet.

In 47 Staaten hat die DDR diplomatische oder Handelsvertretungen. Sie unterhält Handelsbeziehungen zu über 100 Staaten, ist in 265 internationalen Organisationen vertreten und an mehr als 1000 internationalen Verträgen beteiligt.

In der DDR existiert ein Mehrparteiensystem. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDUD), die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) arbeiten im Demokratischen Block mit den großen Massenorganisationen – dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) – freundschaftlich zusammen.

Das höchste Organ der DDR ist die Volkskammer, die

alle vier Jahre in allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen gewählt wird. In der Volkskammer sind Fraktionen aller fünf Parteien sowie von vier Massenorganisationen vertreten. Die soziale Zusammensetzung der obersten Volksvertretung ist ein Ausdruck der sozialistischen Demokratie in der DDR:

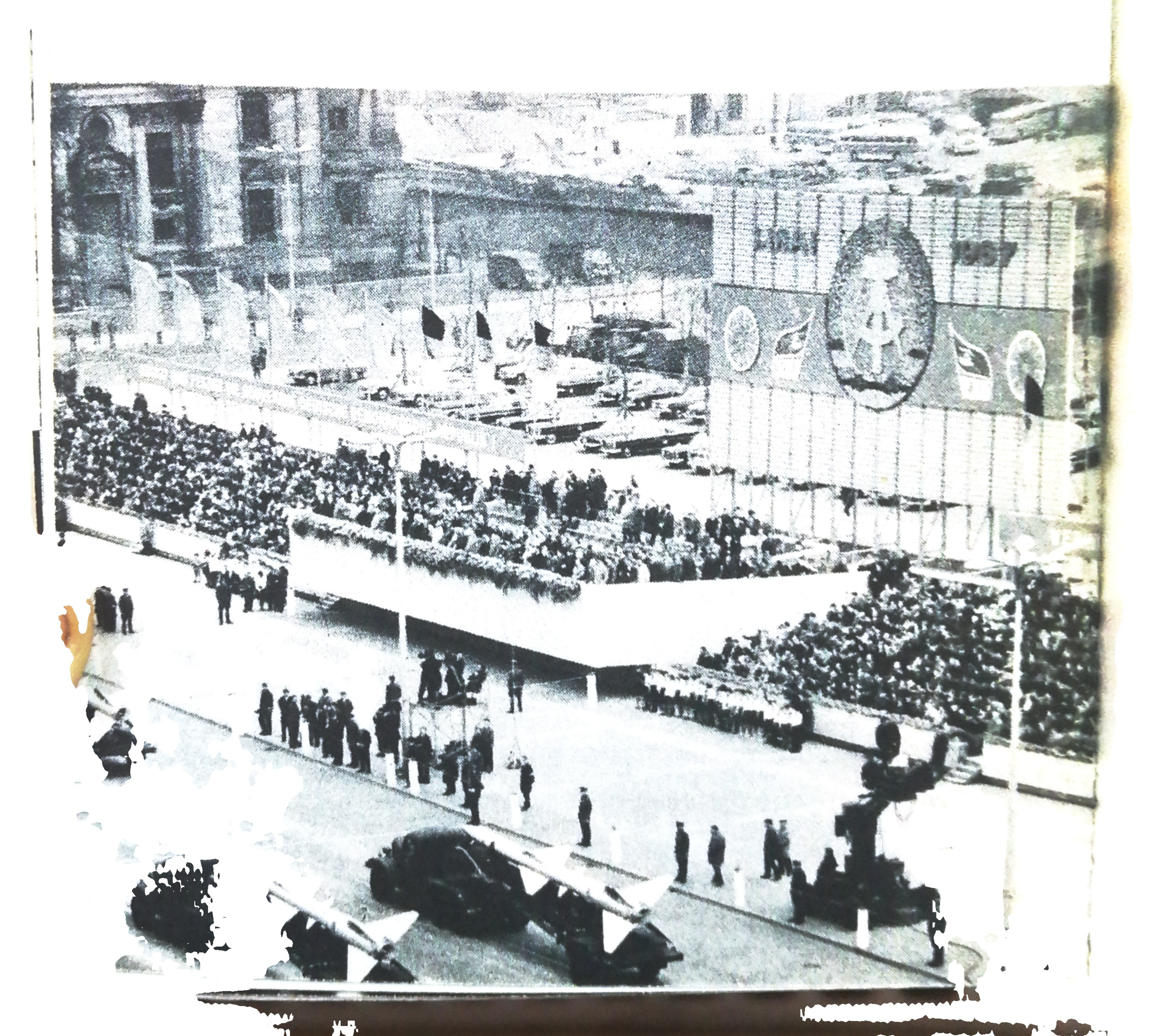
Arbeiter	56,6 Prozent
Angestellte	14,0 Prozent
Handwerker und Gewerbetreibende	11,8 Prozent
werktätige Bauern	10,4 Prozent
Intelligenz	4,6 Prozent
Sonstige	2,6 Prozent

Die DDR gehört zu den zehn größten Industriemächten der Welt. In Europa steht sie in der Industrieproduktion an fünfter Stelle. Sie verfügt über eine hochentwickelte chemische Industrie, eine leistungsfähige feinmechanisch-optische Industrie, bedeutende Energiebetriebe, eine sich ausdehnende elektronische Industrie sowie einen außerordentlich produktiven Maschinenbau.
Die Vielseitigkeit der volkseigenen Industrie der DDR widerspiegelt sich eindrucksvoll auf den zweimal jährlich stattfindenden Messen in Leipzig, das zum bedeutendsten Welthandelsplatz zwischen Ost und West geworden ist.
Der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der führenden Partei in der DDR, konnte im April 1967 eine erfolgreiche Bilanz der letzten vier Jahre ziehen:



Die Deutsche Staatsoper Berlin, eines der 89 Theater in der DDR. Einige Bühnen der DDR genießen Weltruf, wie beispielsweise die von Professor Walter Felsenstein geleitete Komische Oper und das von Bertolt Brecht gegründete Berliner Ensemble.

Die DDR verfügt über eine gut ausgebildete und modern ausgerüstete Armee. (Ausschnitt aus der Parade am 1. Mai 1967 in Berlin)



Das Nationaleinkommen stieg seit 1962 um rund 14 Milliarden Mark; das bedeutet einen Zuwachs von etwa 18 Prozent.

Die Industrieproduktion stieg auf 125 Prozent (1962 = 100), darunter in den Schwerpunktzweigen

Chemische Industrie	auf 137 Prozent
Elektronische Industrie	auf 147 Prozent
Industrie der Meß-, Steuerungs- und Regelungstechnik	auf 185 Prozent
Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie	auf 148 Prozent
Feinmechanische und optische Industrie	auf 148 Prozent

Eine Reihe großer Industrieunternehmen konnte in Betrieb genommen werden, darunter

das Erdölverarbeitungswerk Schwedt,
das Chemiefaserkombinat Guben,
das Chemiewerk Leuna II,
mehrere Kraftwerke,
ein neues Zementwerk,
ein Rohrwalzwerk.

Die Produktion von Konsumgütern – Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernsehgeräte, Fotoapparate, Ober- und Untertrikotagen – konnte gegenüber 1962 teilweise verdoppelt werden.

Seit 1962 wurden etwa 280 000 moderne Wohnungen gebaut.

Ein Offizier der Nationalen Volksarmee erläutert ausländischen Besuchern anhand des Stadtplanes die Situation an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin.

In den Städten des Nordens und Südens, Ostens und Westens der Republik entstanden zahlreiche völlig neue Stadtviertel, in denen Wohnungen mit Einbauküche, Zentralheizung, Warmwasser, Bad und anderem Komfort selbstverständlich sind.
Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wirkte sich der freiwillige Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) außerordentlich günstig aus. Modernste Produktionsmethoden konnten dadurch auch hier angewandt werden. Die jährliche landwirtschaftliche Produktion stieg von 1962 bis 1966

bei Schlachtvieh von 0,9 Millionen Tonnen auf 1,4 Millionen Tonnen,
bei Milch von 4,4 Millionen Tonnen auf 6 Millionen Tonnen.

Heute wird der überwiegende Teil des Bedarfs der Bevölkerung an Grundnahrungsmitteln aus eigenem Aufkommen gedeckt.
Das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten in der volkseigenen Wirtschaft stieg von 583 Mark im Jahre 1962 auf 650 Mark im Jahre 1966. Die Preise für Konsumgüter hingegen blieben konstant.
Im Jahre 1967 konnte die Regierung der DDR auf Empfehlung des VII. Parteitages der SED unter anderem die Einführung der Fünf-Tage-Arbeitswoche bei gleichbleibendem Verdienst beschließen.



Das Vertrauen der Werktätigen der DDR in ihre eigene Kraft, ihre Überzeugung, daß sie den richtigen Weg gehen, ist gewachsen. Sie sind stolz auf ihren Staat, die Deutsche Demokratische Republik. Sie wissen aber auch um die Notwendigkeit, ihre Erfolge gegen die aggressive Politik der herrschenden Kreise in Westdeutschland und Westberlin verteidigen zu müssen.

Nicht zuletzt in diesem Wissen sind die Gründe für die enge und freundschaftliche Verbundenheit zwischen der Bevölkerung und den Soldaten und Offizieren der Nationalen Volksarmee zu suchen. Die Kommandeure der NVA sind überwiegend (86 Prozent) Arbeiter- und Bauernsöhne, viele von ihnen haben aktiv gegen den Faschismus gekämpft. Sie sind Gewähr dafür, daß die Waffen der NVA niemals gegen die Interessen der Werktätigen gerichtet sein werden. Der Schutz und die Sicherung der Staatsgrenzen der DDR, der Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus gegen jedwede imperialistische Anschläge liegt bei ihnen in zuverlässigen Händen.

Nichtanerkennung der Realitäten friedensgefährdend

Seit über 18 Jahren stehen sich auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten mit völlig verschiedener politischer und sozialer Ordnung gegenüber. Die Augen vor diesen Realitäten verschließend, behauptet jedoch die westdeutsche Regierung,

die DDR sei kein rechtmäßiger Staat,

die Bundesregierung in Bonn allein hätte das legitime Recht, für alle Deutschen zu sprechen, die in den Grenzen Deutschlands von 1937 leben,

die nach dem zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen Grenzen seien nicht verbindlich.

Die westdeutsche Regierung verlangt die Veränderung der bestehenden Grenzen in Europa, die Ausdehnung ihrer Macht auf das Territorium der DDR, auf Gebiete Polens und der Sowjetunion. Der ehemalige westdeutsche Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, im Kabinett Kiesinger/Strauß „Vertriebenenminister", erklärte am 21. August 1960: „Unsere Gebietsforderungen gehen weit hinter die Oder-Neiße-Linie. Wir wollen die alten deutschen Herrschaftsgebiete wiederhaben. Das Jahr

2000 darf nicht zum 83. Jahr der Oktoberrevolution in der Welt werden."
Die westdeutsche Generalität ihrerseits drückte das in einer Studie vom April 1963 so aus: „Die schicksalhafte Aufgabe unseres Volkes liegt in der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen Grenzen von 1937. Nur gestützt auf ein großes militärisches Potiential einschließlich der modernsten Waffen sind Fortschritte in der Wiedervereinigung zu erzielen."
Der Vorsitzende des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ernst Majonica, schreibt ganz offen, daß diese Ziele nicht mit friedlichen Mitteln zu erreichen sind: „Wir haben außenpolitisch sehr weit gesteckte Ziele. Die Wiedervereinigung bedeutet die radikale Veränderung der Machtverhältnisse, wie sie sich seit dem zweiten Weltkrieg in Europa herausgebildet haben ... Nur ganz selten sind die Ergebnisse eines Krieges nachher mit friedlichen Mitteln korrigiert worden." („Politisch-Soziale Korrespondenz", 1. Januar 1966, S. 11)
„Wir werden uns nie und nimmer damit abfinden, daß auch nur ein Quadratmeter deutschen Landes abgeschrieben oder ein Verzicht angeboten wird", betonte der Bundesvorsitzende der sogenannten Landsmannschaft Schlesien, Schellhaus, am 25. Juni 1967 auf einem „Schlesiertreffen" in München. Er unterstrich damit lediglich eine Äußerung des westdeutschen Bundeskanzlers Kiesinger vor den „Ostdeutschen Landesvertretungen" am 29. Mai 1967 in Bonn: „Meine Regierung ist keine Regierung des



Auch die Regierung Kiesinger/Strauß betreibt wie ihre Vorgänger Revanchepolitik: Anläßlich einer revanchistischen Kundgebung stellten sich der westdeutsche Außenminister Brandt, Bundeskanzler Kiesinger und der Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei Dr. Jahn (von rechts nach links) vor einer überdimensionalen Karte Deutschlands in den Grenzen von 1937 den Fotografen.

illusionären Verzichts. Im Gegenteil. Sie ist eine Regierung, die sich gerade durch die Zusammenarbeit der stärksten politischen Parteien bemüht, der Vertretung der nationalen Interessen das größtmögliche Gewicht zu geben. Es wird in unserer Ostpolitik nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen."

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit möchte die westdeutsche Regierung ihre Politik des Leugnens der Existenz eines anderen deutschen Staates, ihre Provokationen ebenso wie ihre Alleinvertretungsanmaßung gern als „innerdeutsche Angelegenheit" erscheinen lassen. Der westdeutsche CDU-Politiker Gradl, Vorsitzender des sogenannten Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und Bundestagsabgeordneter, bekannte am 3. April 1967 im westdeutschen Fernsehen: „Dies (die Anerkennung der DDR – d. V.) heißt, ... daß alles, was wir noch einzuwirken versuchen, als eine Einmischung in innere Verhältnisse angesehen wird, die nicht mehr zulässig ist zwischen zwei Staaten. Dann wird unsere Wiedervereinigungspolitik zu einer Einmischungspolitik, und die Grenze wird zu einer legalen Institution. Und wie die ihre Grenze verteidigen – sie sprechen ja von verteidigen –, ist dann deren Sache, wie die Sache eines jeden souveränen Staates. Dies alles sind die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, wenn wir sagen: Dies ist ein deutscher Staat."

Nun, die DDR ist nicht darauf angewiesen, sich vom westdeutschen Imperialismus ein Mündigkeitszeugnis

ausstellen lassen zu müssen. Aber im Verein mit allen friedliebenden Kräften in Europa wird sie das ihre dazu tun, die aggressiven, auf die Entfesselung eines dritten Weltkrieges gerichteten Pläne der westdeutschen Regierung zunichte zu machen.

Westberlin – Experimentierfeld der USA-Globalstrategie in Europa

Die DDR weiß, welche aktive Rolle der westdeutsche Staat im System der amerikanischen Globalstrategie spielt und wie er als Hauptverbündeter des USA-Imperialismus versucht, mit Hilfe dieser Strategie seine Ziele in Europa zu erreichen. Westberlin ist als europäisches Experimentierfeld in dieser Globalstrategie vorgesehen.
1948 wurde der imperialistische Provokationsstützpunkt geschaffen. Mit jedem Bürgermeister- und Senatswechsel in Westberlin wurde die Provokationspolitik gegen die DDR und die Unterdrückung der fortschrittlichen Kräfte



in Westberlin verstärkt. Mit jedem Senatswechsel wurde ein weiterer Ruck nach rechts vollzogen.
Die DDR erhöht im Bündnis mit den Staaten des Warschauer Verteidigungspaktes ihre Wachsamkeit gegenüber der aggressiven westdeutschen Politik, in die Westberlin seit 20 Jahren einbezogen ist und in die es nach den Bonner Plänen zur „Neuordnung Europas“ – die irreführend als „neue Ostpolitik“ bezeichnet werden – noch stärker einbezogen werden soll.
Die Staatsgrenze der DDR zu Westdeutschland und Westberlin ist im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa zuverlässig geschützt!

An der Grenze ihrer Macht: Der damalige Westberliner Regierende Bürgermeister Brandt und der ehemalige USA-Justizminister Robert Kennedy (mit Blumen) im Jahre 1963 an der Staatsgrenze zur DDR.



Notstandsübungen der Westberliner Polizei im September 1966. Aus den Losungen des „angenommenen Gegners" ist ersichtlich, gegen wen sich die Gewaltmaßnahmen richten sollen.

„Frontstadt“ Westberlin

Schon unmittelbar nach der Spaltung Berlins im Jahre 1948 nannte der erste Westberliner Bürgermeister Ernst Reuter Westberlin eine Frontstadt. Westberlin sollte Frontstadt sein gegen den Sozialismus. Er sagte unter anderem:

> „... Wir wirken wie Dynamit auf die Ostzone (gemeint ist die heutige DDR – d. Verfasser), und wir werden den Druck auf die Ostzone in einem Ausmaß verstärken können, das wenige sich heute vorstellen können ...“,

und betonte weiter:

> „Wenn wir die Situation in Berlin ... gesichert haben, dann werden ... wir die Ostzone haben, und dann werden wir alle entscheidenden Probleme der europäischen Situation geklärt haben ...“[1]

Systematisch wurde Westberlin als „Türklinke zum Tor nach dem Osten“ („Die Neue Zeitung“, Westberlin, 17. Juli 1951) ausgebaut, wurde zwölf Jahre lang – von 1949 bis

1 Willy Brandt – Richard Loewenthal: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Kindlerverlag München 1957, S. 539 und 609.

Notstand in Aktion. Am 2. Juni 1967 wurden von der hemmungslos vorgehenden Polizei in Westberlin Demonstranten brutal zusammengeschlagen, ein Student auf offener Straße erschossen. 50 Demonstranten erlitten teils schwere Verletzungen.



1961 – von Westberlin aus durch Sabotage und Diversion der friedliche Aufbau in der DDR gestört:

„Handelsvereinbarungen werden dazu benutzt, um den Fünfjahrplan zu stören, und finanziell wird Ostdeutschland durch den Schwarzhandel mit der Ostmark ausgeblutet.

Sobald ein junger Mann als Arzt, Lehrer, Wissenschaftler oder Facharbeiter ausgebildet ist, wird er durch höhere Löhne und subversive Angebote in den Westen gelockt ..."

(„Sunday Telegraph", London, 20. August 1961)

Wie westliche Wirtschaftsexperten errechneten, entstand der DDR in jenen Jahren ein wirtschaftlicher Schaden von rund 100 Milliarden Mark.

Über das Agenten- und Spionagezentrum Westberlin hatte die „New York Times", internationale Ausgabe Amsterdam, schon am 8. Juni 1959 geschrieben:

„Niemand versucht ernsthaft die Tatsache zu bestreiten, daß der Westen von Westberlin aus eine ausgedehnte und einträgliche antikommunistische Propaganda- und Spionagetätigkeit betreibt. Der Spionagechef, der einen solchen Stützpunkt 100 Meilen innerhalb des kommunistischen Gebietes nicht nutzte, verdiente sein Amt nicht."

Westberlin sollte auch der Zünder sein für den Überfall auf die DDR, den das westdeutsche Kriegsministerium für den Herbst 1961 geplant hatte. Mit den Sicherungsmaßnahmen, die die Deutsche Demokratische Republik am

13. August 1961 an der Staatsgrenze zu Westberlin traf, zeigte sie der westdeutschen Regierung, dem Westberliner Senat und deren Verbündeten die Grenzen ihrer Macht. Damit bewies die DDR, daß sie ihre Souveränität auch militärisch zu sichern versteht. Ein drohender Krieg konnte verhindert werden, denn eine Aggression gegen die DDR hätte unweigerlich das Aufeinandertreffen der beiden Militärblöcke nach sich gezogen, die sich im Herzen Europas unmittelbar gegenüberstehen.
Doch nach wie vor versuchen die herrschenden Kreise in Bonn, Westberlin als zur westdeutschen Bundesrepublik gehörig zu deklarieren, und entgegen den ureigensten Interessen der Westberliner Bevölkerung, der an normalen Beziehungen zur DDR gelegen ist, arbeitet der Westberliner Senat in provokatorischer Weise eng mit der westdeutschen Regierung zusammen. So wurde Anfang 1967 in einer Studie des Westberliner Senats gefordert, Westberlin als elftes Land in die westdeutsche Bundesrepublik einzubeziehen und die DDR als zwölftes Land der Bundesrepublik zu betrachten (!). Die starken Bestrebungen zur widerrechtlichen Eingliederung Westberlins in die westdeutsche Bundesrepublik mißfielen wiederholt selbst den Westmächten, die weiterhin als Besatzungsmächte in Westberlin fungieren. Am 24. Mai 1967 beispielsweise richtete die Alliierte Kommandantur (USA, Großbritannien, Frankreich) in Westberlin ein Schreiben an den Westberliner Bürgermeister, in dem festgestellt wird:





Mit Leuchtschriften und Plakaten der verschiedensten Art und auch „Verlockungen“ durch Prostituierte versucht man von Westberlin aus, die DDR-Grenzsoldaten zu beeinflussen.

„Es entspricht nach wie vor der Absicht und Auffassung der Alliierten, daß Westberlin nicht als ein Land der Bundesrepublik anzusehen und auch nicht durch den Bund zu regieren ist.“ (Zitiert aus der Westberliner Zeitung „Tagesspiegel“ vom 13. Juni 1967)

Dessenungeachtet wird Westberlin ständig von westdeutschen Regierungsstellen, westdeutschen Parteien und den sogenannten Landsmannschaften für revanchistische Provokationen gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Ländern mißbraucht.

In der neuen Etappe der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus ist Westberlin eine besondere Rolle zugedacht. Ausdruck dafür ist die bereits erwähnte Senatsstudie zur „Deutschlandpolitik“ vom Januar 1967. Darin wurde definiert, mit welchen Mitteln das im Zentrum der DDR gelegene Westberlin als Provokationszentrum ausgebaut werden soll.

Faschisten und Militaristen, die unter anderem in solchen revanchistischen Organisationen wie dem „Stahlhelm“ und dem „Kyffhäuserbund“ vereinigt sind, dürfen sich in Westberlin unter dem Schutz der Polizei frei und ungehindert versammeln.

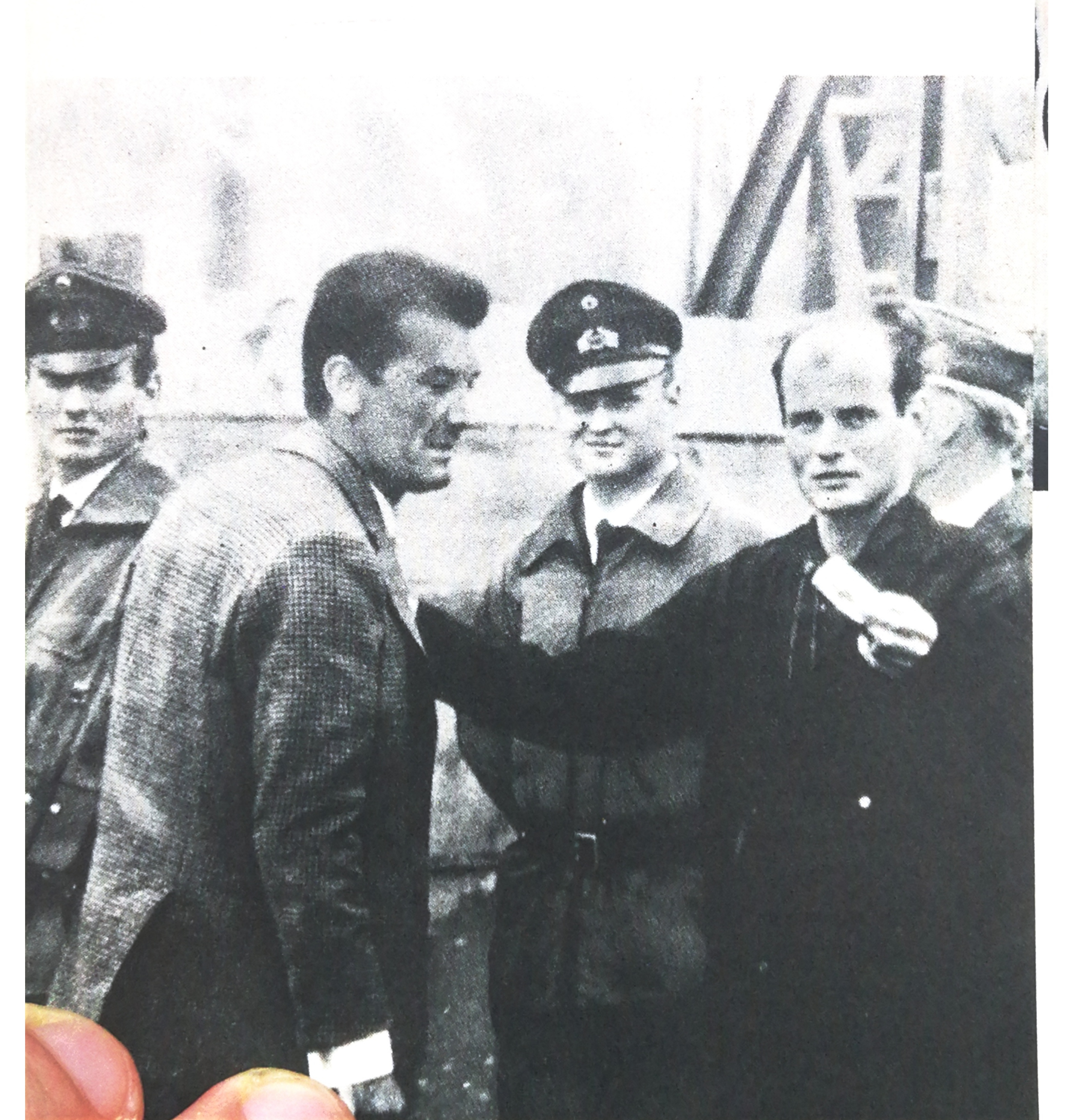
Jede Opposition aber gegen die unrealistische und gefährliche Politik der westdeutschen Regierung und des Westberliner Senats wird unterdrückt. Zu diesem Zweck wurden Notstandsgesetze ausgearbeitet und werden Notstandsübungen durchgeführt. Fortschrittliche Kräfte, die demokratische Verhältnisse und normale Beziehungen

mit der Umwelt fordern, erhalten Demonstrationsverbot, gegen sie wird mit brutalster Gewalt vorgegangen. Dazu gehört auch der Einsatz von berittener Polizei, von Wasserwerfern, der rücksichtslose Gebrauch von Polizeiknüppeln und sogar der Schußwaffe. Am 2. Juni 1967 wurden durch die Westberliner Polizei bei einer Demonstration in Westberlin der Student Benno Ohnesorg durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet und weitere 50 Demonstranten teils schwer verletzt. Sie hatten gegen die antidemokratische Politik des Westberliner Senats protestiert und wurden deshalb zu „Staatsverbrechern".

Nicht als Verbrechen hingegen, sondern als „freiheitliche Handlungen" werden von Polizei, Justiz und anderen Organen Westberlins alle Gewaltakte bezeichnet, die sich gegen die Grenzen der DDR und ihre Grenzsicherungsorgane richten. Westdeutsche und Westberliner Zeitungen feiern derartige Provokationen als „Heldentaten".

Seit dem 13. August 1961 wurden von Westberlin aus an der Staatsgrenze der DDR etwa 38 000 Zwischenfälle organisiert. Durch Plakate, Flugblätter, Rundfunk und Fernsehen versucht man, DDR-Bürger gegen ihren Staat aufzuputschen und vor allem die Grenzsoldaten an der Ausübung ihres verantwortungsvollen Dienstes zu hindern, sie wenn möglich für die Unterstützung von Provokationen gegen die DDR zu gewinnen. Dabei sind Bestechungsversuche – unter anderem Geldangebote bis zu 10 000 Mark – keine Einzelfälle.

Kleine „Helden der westlichen Welt“: Mit ihren Polizeifreunden als Rückenstärkung versuchen sie, Grenzsoldaten der DDR zu „ködern“.



Viele getarnte Organisationen in Westberlin befassen sich mit dem Menschenhandel. Da sich die Tätigkeit dieser Organisationen gegen die DDR und ihre Bürger richtet, werden sie vom Westberliner Senat nicht nur geduldet, sondern unterstützt. Oft sind minderjährige Mädchen „Handelsobjekt". Sie werden in Autos versteckt oder mit Hilfe von gefälschten Pässen aus der DDR ausgeschleust.
Agenten und Spione im Auftrage verschiedener westlicher Geheimdienste und westdeutscher Parteien, darunter auch der sozialdemokratischen Partei, werden vom Auswärtigen Amt in Bonn unterstützt und mit Hilfe gefälschter oder verfälschter Diplomaten- und UNO-Pässe illegal über die Grenze gebracht. Gleiche Mittel verwendet man, um Agenten in die DDR einzuschleusen. Ebenso wird versucht, die Autostraßen, Eisenbahnlinien, Wasserstraßen und Luftlinien der DDR, die als Transitstrecken nach Westberlin genutzt werden, zu mißbrauchen.
Von Westberlin aus wurden 30 Tunnelanlagen in die Hauptstadt der DDR getrieben, durch die bewaffnete Banditen in das Gebiet der DDR eindrangen. Sie ermordeten zum Beispiel die DDR-Grenzsoldaten Reinhold Huhn und Egon Schultz. 27mal wurden von Westberliner Seite aus Bomben an den Grenzmauern der DDR gezündet.
Ende Oktober 1961 versuchten US-Truppen, am Grenzübergang Friedrichstraße von Westberlin aus mit Pan-



Auf solche und ähnliche Weise wird immer wieder versucht, DDR-Bürger illegal nach Westberlin zu schleusen.

Dieser Ausschnitt aus einem Artikel der westdeutschen Illustrierten „Stern" beweist, daß in Westdeutschland die Fälschung von Diplomatenpässen und CD-Kennzeichen kein Verbrechen ist, sofern sich solche Handlungen gegen die DDR richten.



stern

Die DDR-Grenzer salutierten vor der „holländischen Diplomatenfamilie"

Doch Geld ebnet Wege: aus West-
deutschland beschafften Freunde im
Auftrag der Erben für 70 000 West-
mark tadellose, wenn auch falsche
Diplomatenpässe. Mit deren Hilfe
verwandelten sich die schlichten
Bierbaums vorübergehend in die
Familie des „holländischen Ge-
sandten van Straaten". Eine
schwarze Luxuslimousine wurde in
Westberlin mit CD-Schild und fal-
schen Kennzeichen präpariert und
nach Ostberlin geschickt. Dort setz-
ten die Millionenerben alles auf
eine Karte: Sie stiegen in den „Di-
plomatenwagen", setzten ihre hoch-
mütigsten Gesichter auf und fuhren
zum Mauerdurchlaß für Ausländer
an der Friedrichstraße.

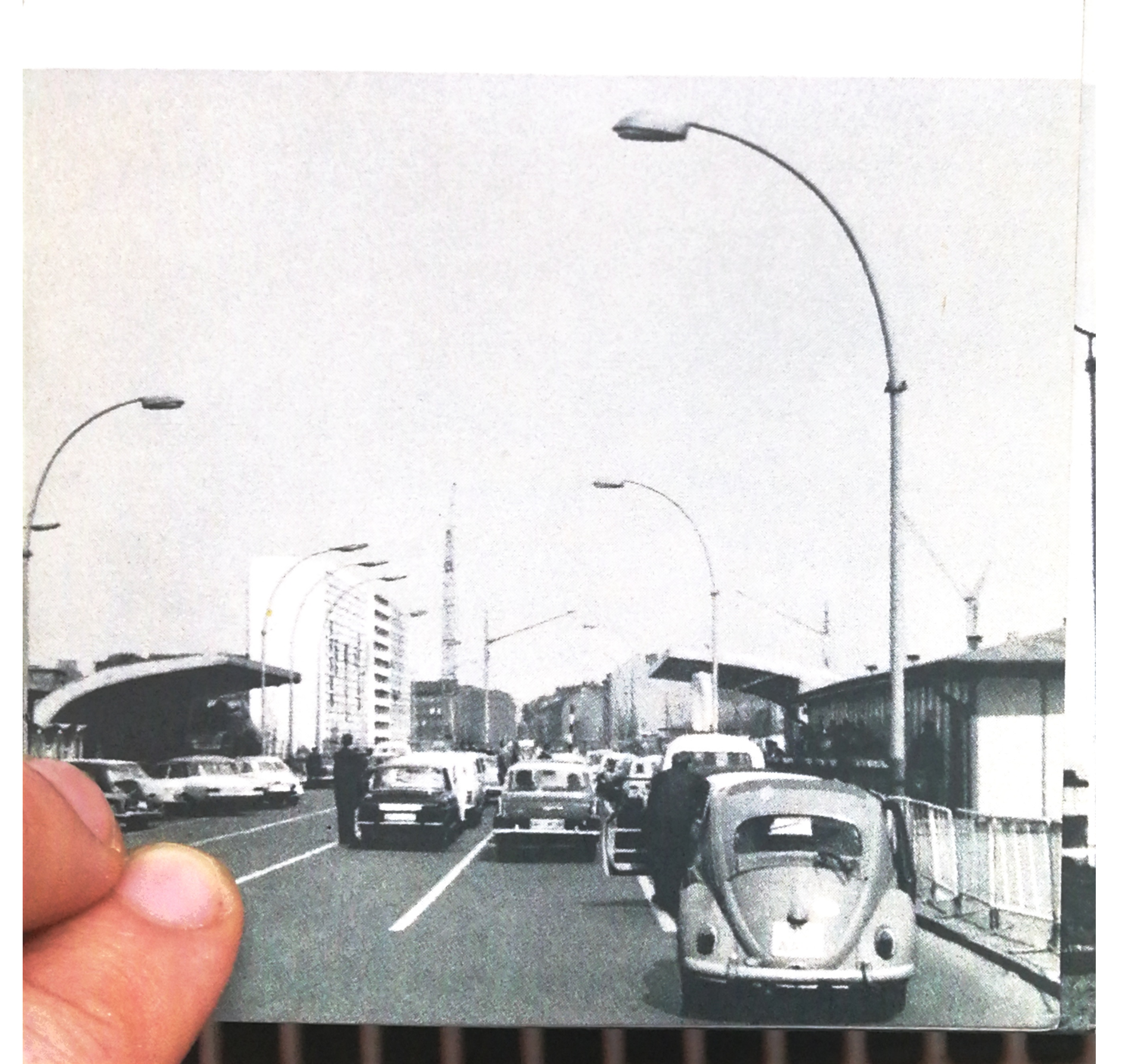
Die DDR-Grenzer ließen sich
bluffen. Sie salutierten höflich. Der
Schlagbaum hob sich; der Weg in
den — für die Bierbaums wahrhaft
goldenen — Westen war frei. Das
Wunder konnte beginnen.

Das Wunder

zern in die Hauptstadt der DDR einzudringen. An der besonnenen Ruhe, dem Mut und der Konsequenz der DDR-Grenzsoldaten scheiterten jedoch bisher alle zum Teil großangelegten Provokationen.
Über 500mal wurde das Gebiet der DDR bisher von Westberliner Seite beschossen. Westberliner Polizei- und Zollbeamte zerstörten außerdem Grenzsicherungsanlagen der DDR.
An der Grenze zu Westdeutschland und Westberlin sind bis heute 17 Grenzsoldaten der DDR ermordet worden, sechs davon allein an der Staatsgrenze zu Westberlin. Zahlreiche Grenzsoldaten der DDR erlitten in Ausübung ihres Dienstes Verletzungen. Die Schußwaffengebrauchsbestimmung in Westberlin gestattet den Polizei- und Zollbeamten ausdrücklich die Anwendung der Schußwaffen auch über die Grenzen hinweg. Diese Bestimmung ist ein Ausdruck der aggressiven Politik, die von Westberlin aus praktiziert wird. Am 17. Januar 1967 wurde der Schießbefehl in Westberlin erneut verschärft.
Den Grenzsoldaten der DDR ist es verboten, über die Grenzen hinweg zu schießen. Wenn sie von ihren Waffen Gebrauch machen, dann dürfen sie dies nur zum Schutze der DDR und auf dem Territorium der DDR tun.
Die Mörder der DDR-Grenzsoldaten Peter Göring, Reinhold Huhn und Egon Schultz leben frei und ungehindert in Westberlin und Westdeutschland. Sie und eine Reihe weiterer gefährlicher Grenzprovokateure werden ebenso-

wenig von der westdeutschen oder Westberliner Justiz behelligt wie die faschistischen Massenmörder Lammerding und Reinefarth, die als SS-Generale einst den französischen Ort Oradour und das Warschauer Ghetto vernichteten.

Wie hier in der Heinrich-Heine-Straße passieren täglich etwa 8000 ausländische und westdeutsche Besucher die Grenzübergangsstellen im Stadtgebiet.





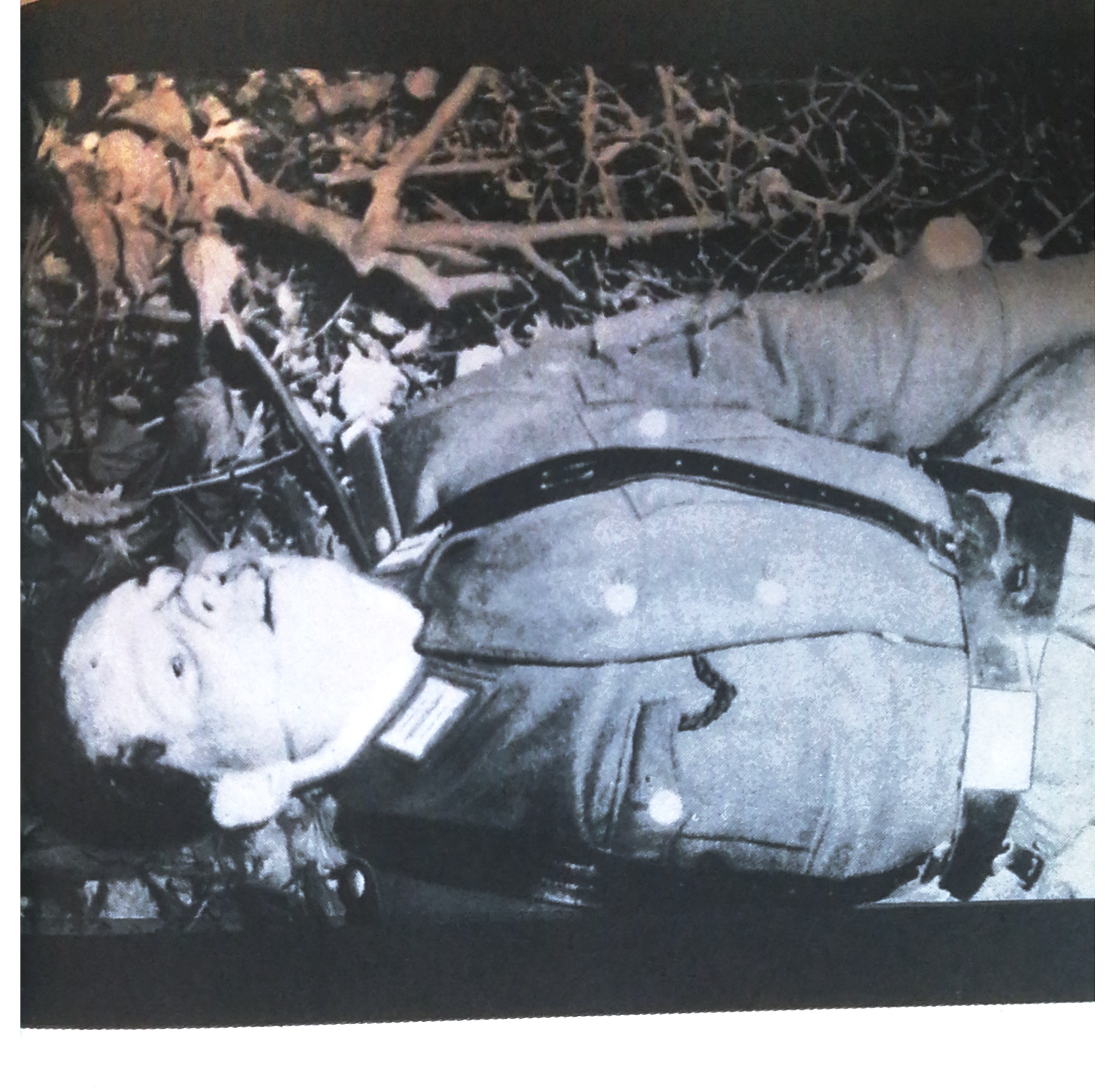
Westberliner Polizei- und Zollbeamte sichern einen in das Gebiet der DDR eindringenden Provokateur.

Westberliner „Fluchthelfer" unterstützen einen organisierten Grenzdurchbruch. Ihre Auftraggeber sind imperialistische Geheimdienste und Terrororganisationen.



Oktober 1961 in der Friedrichstraße in Berlin. Mit Panzern provozierten die USA-Besatzungstruppen.





Am 23. Mai 1962 erschossen Westberliner Polizisten den Grenzsoldaten Peter Göring, der – über 30 Meter von der Grenze entfernt – auf dem Gebiet der DDR seinen Dienst versehen hatte.

Bestätigung im Westberliner „Telegraf" vom 24. Mai 1962:

Telegraf

Ein Ostberliner Polizist fiel, offenbar durch einen Bauchschuß schwer verwundet, rückwärts von der Kanalmauer. Ein anderer Ostberliner

Polizist wurde durch einen Oberarmschuß verwundet. Auf Westberliner Seite beteiligten sich noch ein Zollbeamter und andere Polizeibeamte an dem Feuerschutz, aus Schnellfeuergewehren,

Der Westberliner Polizist, so heißt es in der Stellungnahme des Senatspresseamtes weiter, habe daraufhin „zum Schutze des Flüchtlings auf Grund bestehender Waffengebrauchs-Bestimmungen das Feuer erwidert".



t-
ler
tes
tze
der
das

Westberliner Polizei darf auf Grund bestehender Schußwaffengebrauchsbestimmungen allen Personen, die die Staatsgrenze der DDR zu durchbrechen versuchen, „Feuerschutz" geben.

43 · JAHRGANG 17 · MÜNCHEN, 25. OKTOBER · 70 PF · 1N5730C

QUICK

Ich habe den Vopo erschossen

Dieser Mann ist der Mörder des Unteroffiziers Egon Schultz. Er lebt frei in Westdeutschland und brüstete sich mit den Worten: „Ich habe den Vopo erschossen."

Posten und motorisierte Streifen sichern die Staatsgrenze der DDR zu Westberlin.





Einer der Kontrollpunkte auf den Berliner Wasserstraßen befindet sich in unmittelbarer Nähe des S-Bahnhofes Friedrichstraße. Auch hier erfolgt eine reibungslose Abfertigung des grenzüberquerenden Schiffsverkehrs.

Oben: Ausrüstung eines sogenannten Flüchtlings

Unten: Ausrüstung eines in der Hauptstadt der DDR gefaßten Agenten des westdeutschen Bundesnachrichtendienstes, einer Geheimdienstorganisation.



Westberlin braucht normal Beziehungen zur DDR

Weil es in Europa keinen Krieg geben darf, deshalb wurde in Berlin der Wall des Friedens errichtet. Die „Mauer" hat sich tatsächlich, wie der finnische Staatspräsident Dr. Urho Kekkonen wiederholt erklärte, als „vorteilhaft für Europa" erwiesen.

Wie soll nun Westberlin, das kein Bestandteil der westdeutschen Bundesrepublik ist, seine Zukunft gestalten? Auf jeden Fall nicht als „Frontstadt" im kalten Krieg gegen die DDR. Wenn sich Westberlin auch weiterhin auf diese Position festlegen sollte, würde das nur zum Schaden der Westberliner Bevölkerung sein.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik will gegenüber Westberlin nichts anderes als gute, friedliche Nachbarschaft, die Herstellung korrekter Beziehungen, den endlichen Verzicht des Westberliner Senats auf verkrampfte oder gar gewalttätige Feindschaft gegen die DDR.

Die Regierung der DDR hat immer wieder erklärt: Wir geben Westberlin alle Sicherheitsgarantien, die es wünscht. Es kann durch unser Staatsgebiet ordnungs-

gemäß Handel und Wandel treiben. (Die Behörden der DDR kontrollieren bereits seit Jahren mehr als 95 Prozent des Verkehrs von und nach Westberlin. Allein im Jahre 1966 wurden 2,7 Millionen Tonnen Güter auf dem Schienenweg durch die DDR nach Westberlin transportiert.)
Welche politischen Verhältnisse Westberlin in seinem Innern wünscht, ist allein Angelegenheit seiner Bevölkerung. Die DDR wird sich da nicht einmischen.
Im Interesse des Friedens in der Welt erhebt die DDR nur eine Forderung: Westberlin muß aufhören, Spannungsherd zu sein, es darf nicht weiterhin als Brückenkopf für die Bonner Politik des kalten Krieges und der Diversion gegen die Deutsche Demokratische Republik dienen. Die Zukunft Westberlins kann nur in einer Politik des Westberliner Senats liegen, die den Realitäten Rechnung trägt, das heißt in der Herstellung normaler Beziehungen zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, zu dem Staat, der Westberlin von allen Seiten her umgibt . . .

Prägnan
und interessan

Einführung einer separaten Währung in den Westsektoren Berlins
23. Juni 1948

Schaffung einer separaten Verwaltung in den Westsektoren
Oktober/November 1948

Abschluß des Dreimächtestatus (USA, Großbritannien, Frankreich) für die Westsektoren und damit Bruch der Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens
14. Mai 1949

Gründung der westdeutschen Bundesrepublik
7. September 1949

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
7. Oktober 1949

In Westberlin existieren

etwa 80 Agenten-, Spionage- und Terrorzentralen sowie 66 revanchistische, militaristische und faschistische Organisationen.

30 000 Mann stehen ständig unter Waffen, weitere 50 000 sind militärisch und paramilitärisch ausgebildete Kräfte.

Fläche der DDR	108 174 Quadratkilometer
Bevölkerung	17,1 Millionen
Fläche Westberlins	480 Quadratkilometer
Einwohner Westberlins	2,1 Millionen
Länge der gesamten Staatsgrenze zu Westberlin	164 Kilometer
davon entlang der Hauptstadt der DDR	45 Kilometer
(von diesen 45 Kilometern sind 20 Kilometer durch Mauerhindernisse gesichert)	
Wassergrenze	24 Kilometer
Grenzübergangsstellen	19

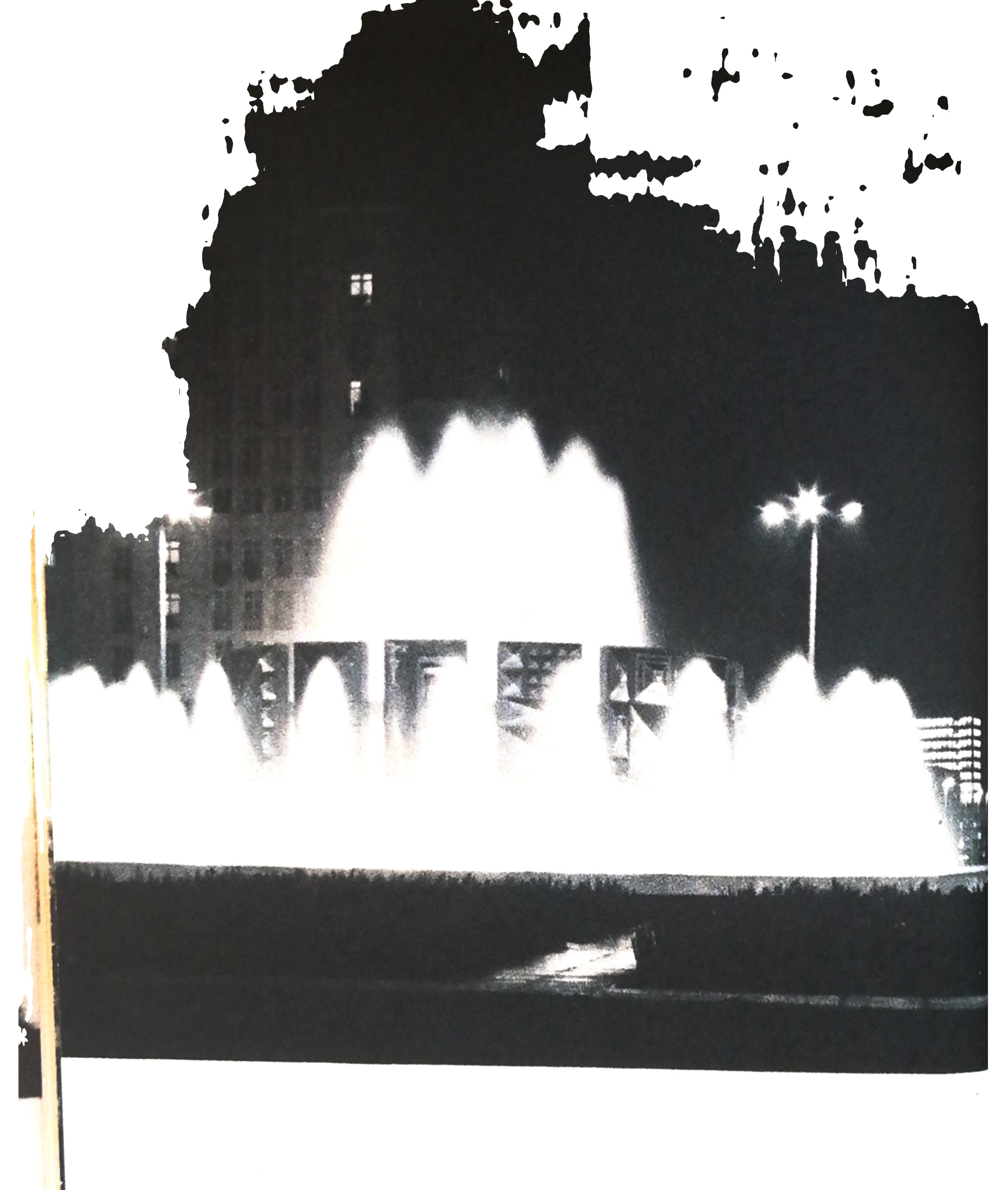
Jährlich passieren die Grenzübergangsstellen etwa 14 Millionen Personen.

1966/67 waren an Hoch- und Fachschulen der DDR 225 000 Studenten aus dem In- und Ausland immatrikuliert. Das sind nur etwa 40 000 weniger als in Westdeutschland mit seiner bedeutend größeren Bevölkerungszahl. Allein die Berliner Humboldt-Universität (unser Foto) zählt mehr als 12 000 Studierende.





Im neuerbauten Hotel „Unter den Linden“ fühlen sich Gäste aus aller Herren Länder „wie zu Hause“.



Am Strausberger Platz

In den zehn- und zwölfklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen wird den Schülern ein gutes Grundwissen vermittelt, das sie später für ein Fach- oder Hochschulstudium befähigt.



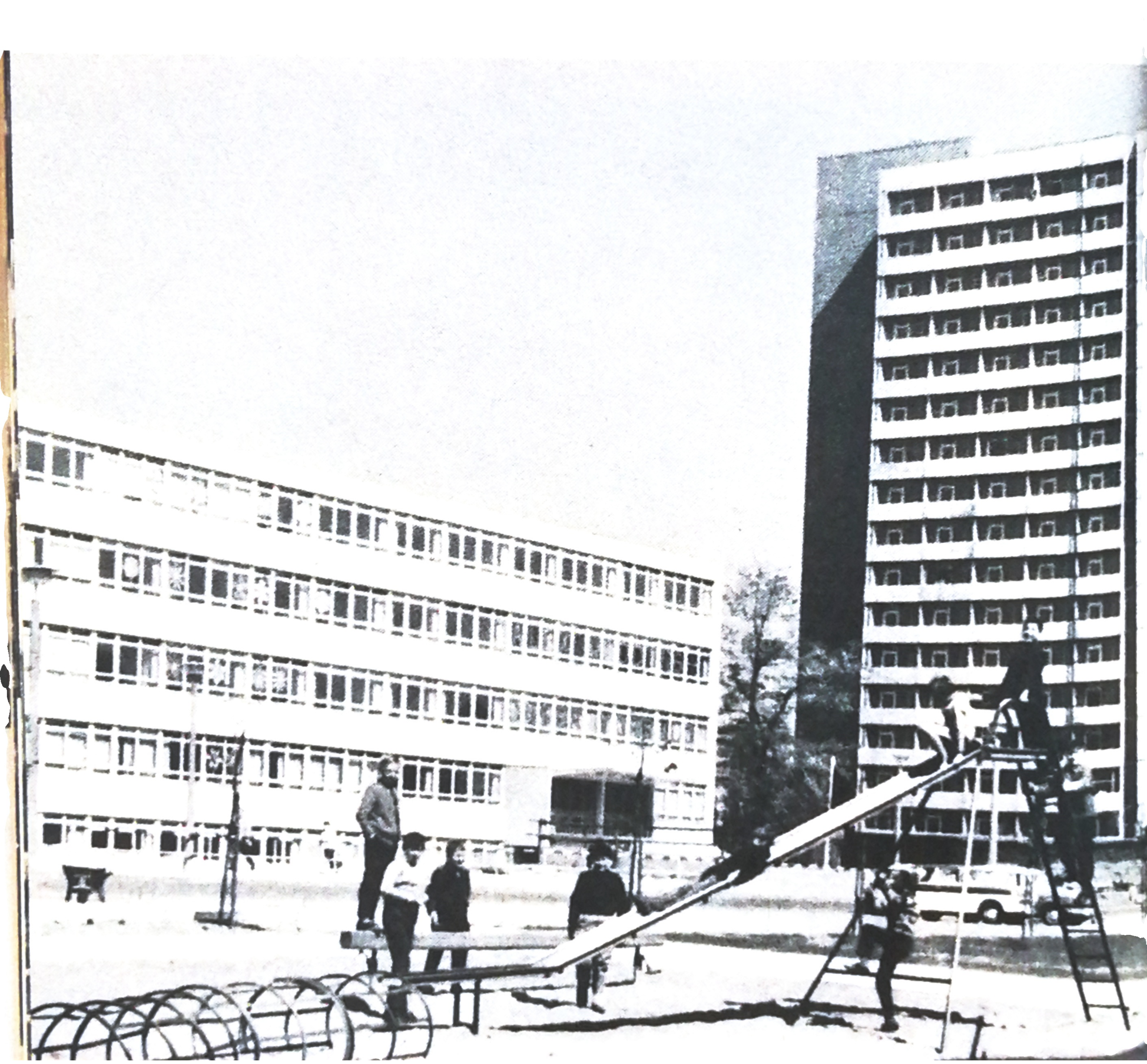

70

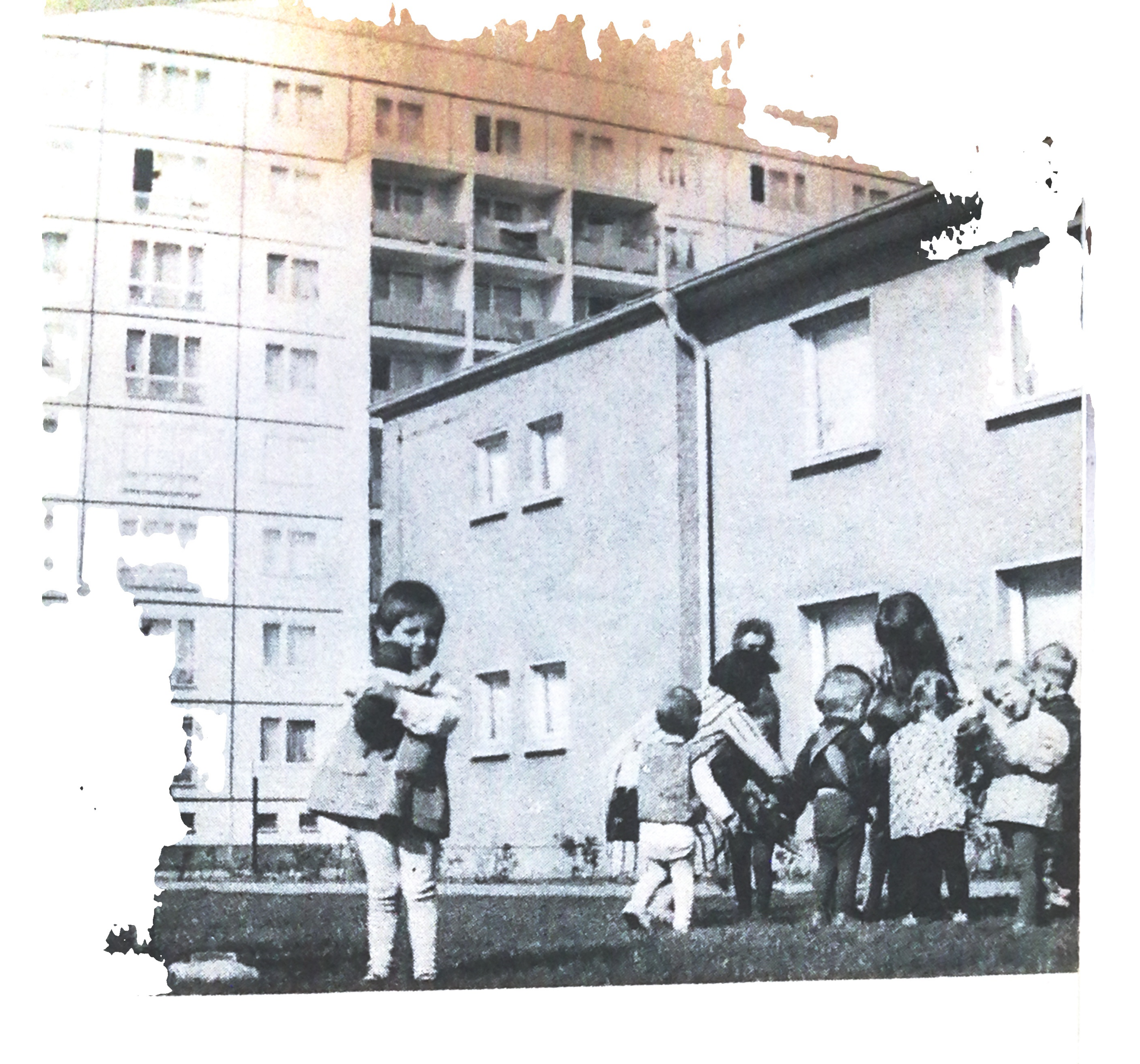


In der Berliner Karl-Marx-Allee. Im Hintergrund das Hotel „Berolina".

Die DDR ist ein sportbegeistertes Land. Ihre Sportler errangen im Jahre 1966 bei Welt- und Europameisterschaften 36 Gold-, 24 Silber- und 42 Bronzemedaillen.

Mit den Wohnneubauten entstanden in den letzten Jahren moderne Schulen, wurden großzügige Kinderspielplätze angelegt.





Eines der neuerbauten Kinderwochenheime im Zentrum der Hauptstadt.

Enge Verbundenheit zwischen Bevölkerung und Angehörigen der NVA: Arbeiter des volkseigenen Betriebes Bergmann-Borsig danken Grenzsoldaten für deren aufopferungsvollen Dienst, mit dem sie auch ihren Betrieb schützen.

Das Alfred-Brehm-Haus im Berliner Tierpark gehört zu den schönsten und modernsten Raubtierhäusern der Welt.





Titelfoto: Das Brandenburger Tor in Berlin

Rückttitel: Grenzposten am Brandenburger Tor. Im Hintergrund die Straße „Unter den Linden", überragt von dem noch im Bau befindlichen Fernsehturm

Verlag Zeit im Bild, DDR - 801 Dresden, Fritz-Heckert-Platz 10
Text: Günter Ganßauge
Gestaltung: Richard Abraham
Lektor: Waltraud Matzke
Fotos: Ganßauge 14, Zentralbild 6, von Eigen 1, H. E. Schulze 1, Archiv 14
Farbfotos: Ganßauge
Redaktionsschluß: 15. Juli 1967
Druckerei: Grafischer Großbetrieb Völkerfreundschaft Dresden
Printed in the German Democratic Republic
465/67 - 1

